

Calmer Tagblatt

Nr. 296.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Verkaufpreis: 6 Pfennig. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Pfennig. — Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Pfennig. — Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Pfennig.

Samstag, den 18. Dezember 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung 12 Pfennig. — In der Stadt mit Zustellung 12 Pfennig. — In der Stadt mit Zustellung 12 Pfennig.

Die Konferenz in Brüssel.

Pessimistische Stimmung unter den Alliierten.

Brüssel, 18. Dez. Der Sondervertreter der „Agence Havas“ gibt eine sehr pessimistische Schilderung der vorgestrigen Verhandlungen in Brüssel, die im wesentlichen durch die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein beherrscht waren. Der Vertreter der Agence Havas kommt zu folgendem Schluß: Die Deutschen erklären: „Verlangt für den Augenblick nicht mehr von uns; wir sind mit unserem Atem zu Ende. Laßt uns noch die Luft zum Atmen.“ Wenn das eintreten sollte, dann werden die Alliierten unter sich beraten und daran gehen, einen Fragebogen aufzusetzen, der schon in Vorbereitung ist und der den deutschen Delegierten unterbreitet werden dürfte. Wenn dieser Versuch zum Zwecke einer Zusammenarbeit mit den Vertretern Deutschlands keine zufriedenstellende Lösung ergeben sollte, dann bleibt nur noch übrig, daß die Alliierten unter sich die Modalitäten ausfindig machen, wie der Vertrag von Versailles in einer Weise angewandt werden soll, die mit der Lage Deutschlands am besten in Einklang steht. Diese Modalitäten wird man dann in einem Vertrag, wie es im Friedensvertrag bis zu dem für die Wiederherstellung festgesetzten Datum, den 1. Mai 1921, vorgesehen ist, durch die Reparationskommission notifizieren lassen. Trotz dieses heute (Donnerstag) Abend in Ententekreisen herrschenden Eindrucks hegt man noch Hoffnung, daß die Konferenz von Brüssel nicht mit einem grellen Mißerfolg enden wird und es sieht so aus, als ob in dieser Beziehung der morgige Tag entscheidend sein könnte.

Zu diesen Ausführungen erfährt das B. L. B. an zuständiger Stelle, daß es unbedingt nötig war, der Gegenseite zuerst die außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands darzustellen. Es ist nicht verwunderlich, daß diese ungeschminkte Darstellung auf die Sachverständigen der Alliierten einen vielleicht unerwarteten Eindruck gemacht hat. Diese Lage schließt nach Ansicht maßgebender deutscher Stellen nicht aus, daß auf der Basis der durch die deutschen Darlegungen gewonnenen Erkenntnisse im Zusammenarbeiten mit den Sachverständigen der Alliierten eine positive Lösung in der Reparationsfrage gefunden wird.

Brüssel, 18. Dez. Die nächste Sitzung der Brüsseler Konferenz, an der auch die deutsche Delegation teilnimmt, findet heute Vormittag um 10 Uhr statt. Nach den bisherigen Absichten wird sich von den deutschen Sachverständigen Ministerialdirektor La Suture mit der Frage der Liquidation der deutschen Werte im Ausland, Dr. Melchior mit der Frage der Weisbegünstigung in Handel und Zollwesen und Generaldirektor Guno mit der Notwendigkeit, Deutschland eine gewisse Tonnage zur Verfügung zu stellen, beschäftigen.

Brüssel, 18. Dez. (Havas-Bericht.) Die alliierten Delegierten traten gestern Nachmittag zusammen. Im vertraulichen Meinungsaustausch wurde beschlossen, einige Delegierte zu beauftragen, sich mit der deutschen Delegation in Verbindung zu setzen, um genauere Angaben über mehrere bisher von der deutschen Delegation in ihren Darlegungen behandelte Punkte zu erhalten. Die Delegierten werden dann ihren Kollegen das Ergebnis ihrer Besprechungen mitteilen. Die Sitzung mit der deutschen Delegation findet heute Vormittag statt, um es ihr zu ermöglichen, die Aufstellung allgemeiner Bemerkungen fertig zu stellen, die sie der Konferenz zu unterbreiten wünscht.

Berlin, 18. Dez. Geheimer Bergrat Hilger ist gestern nach Brüssel gereist, um sich der deutschen Delegation anzuschließen.

Völkerbundsversammlung.

Erledigung weiterer Aufnahmeversuche.

Genf, 17. Dez. Die Völkerbundsversammlung legte heute die Prüfung verschiedener Aufnahmeversuche fort. Dabei wurde entsprechend dem Vorschlag der Kommission das Aufnahmeversuch Liechtensteins abgelehnt. Dagegen wurde eine Anregung des schweizerischen Bundespräsidenten Motta an die Spezialkommission des Völkerbundsrates verwiesen, die dahin geht, Liechtenstein im Völkerbund durch die Schweiz vertreten zu lassen. Das Aufnahmeversuch Albanien wurde einstimmig genehmigt, obwohl die Kommission ursprünglich für seine Ablehnung eingetreten war. Der Kommissionsvertreter erklärte im Laufe der Aussprache, daß sich die Situation seit jenem Beschluß wesentlich geändert habe. Lord Robert Cecil führt aus, daß einer Aufnahme Albanien nichts im Wege stehe, da nicht zu befürchten sei, daß Albanien die Bestimmungen des Art. 10 des Paktes, der den territorialen Schutz vorsieht, für sich in Anspruch nehmen werde, zumal die beiden Nachbarländer Jugoslawien und Griechenland zweifellos nicht die Absicht hätten, Albanien militärisch zu bedrohen. Ein indischer Delegierter, der gleichfalls für die Aufnahme Albanien war, ging dabei

von dem Standpunkt aus, daß der Völkerbund durch die Aufnahme beweisen würde, daß es für ihn keinen Unterschied in Religion und Rasse gebe. Bisher-England schloß sich namens der englischen Delegation dem Vorschlag Lord Robert Cecils an, jedoch die Aufnahme Albanien einstimmig beschlossen wurde. Dagegen wurde das Aufnahmeversuch Aserbeidshans und das der Ukraine abgelehnt. Der Bericht der 4. Kommission über die Organisation des Generalsekretariats und des Personals wurde angenommen. Der Präsident der Kommission betonte dabei, im Sekretariat seien schon jetzt 18 verschiedene Nationalitäten und im Arbeitsamt 16 vertreten. Die Anträge der Kommission sind aus den Kommissionsberichten bekannt. Bei der Ersetzung der Beamten des Sekretariats muß der internationale Charakter gewahrt werden.

Der Völkerbund und Armenien.

Genf, 17. Dez. Die Kommission für Armenien erhielt Mitteilung, wonach Armenien nicht mehr imstande ist, den kemalistischen Widerstand zu leisten und zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandes und darauf eines Friedensvertrags, und zwar unter sehr ungünstigen Bedingungen gezwungen worden ist. Die Armenier mußten den Türken einen großen Teil ihres Gebietes, sowie fast alle Waffen, abtreten. Dieser Friedensvertrag soll am 3. Dezember unterzeichnet werden sein. Da die Kommission von der Versammlung ernannt wurde, kann sie ihre Arbeiten nach Schluß der Tagung der Völkerbundsversammlung nicht fortsetzen. Da aber zur Unterstützung Armeniens noch viel geschehen muß, schlägt die Kommission vor, der Völkerbundsrat möge die Kommission übernehmen.

Unterstützung Armeniens

Durch ein Völkerbundsheer.

Genf, 17. Dez. In der heutigen Nachmittagsitzung der Völkerbundsversammlung wurde ein Antrag des rumänischen Delegierten Jonescu auf Entsendung eines internationalen Expeditionskorps nach Armenien der zuständigen Kommission der Versammlung überwiesen mit dem Auftrag, in der morgigen Sitzung darüber zu berichten und einen diesbezüglichen Antrag einbringen. Präsident Hymans sollte dem sympathischen und edelmütigen Antrag volle Anerkennung, gab aber der Befürchtung Ausdruck, daß die Angelegenheit in der gegenwärtigen Tagung nicht mehr erledigt werden könne.

Genf, 17. Dez. Der rumänische Antrag auf Entsendung eines internationalen Heeres von 40 000 Mann sieht vor, daß diese Völkerbundsstruppen dem Befehl des interalliierten Generalsstabs unterstellt werden sollen. — Warum hilft man den Iren, den Deutsch-Böhmen und Südtirolern, den Elsaß-Lothringern und den Deutschen Danzigs nicht?!

Die Versammlung trat alsdann in die Beratung des Budgets des Völkerbunds, sowie des Kommissionsberichts über die Verteilung der Kosten auf die einzelnen Bundesmitglieder ein. Aus dem Kommissionsbericht ist bekannt, daß ein besonderer Ausschuß von 5 Mitgliedern die Frage der Kostenverteilung prüfen soll, da die Kommission die gegenwärtige Verteilung nach dem Maßstab des Weltpostvereins als nicht praktisch betrachtet. Die Kommission fordert weiter, daß keine Ausgaben gemacht werden dürfen, ohne Bewilligung durch die Versammlung und daß nur in ganz besonderen Fällen der Rat solche beschließen kann. Der Berichterstatter Foster-Kanada betonte, die unbedingte Notwendigkeit, daß der Völkerbund die notwendigen Gelder aufbringen müsse und bezeichnete es für wünschenswert, die durch den Völkerbundsvertrag geforderte Einstimmigkeit für Budgetfragen aufzuheben. In der Debatte beantragte eine Anzahl Delegierter die Höhe der Gehälter Allen-Neuseeland und Sir Willard Meyer, Indien sagten, das Gehalt des Generalsekretärs mit 200 000 Franks in Gold stehe in keinem Verhältnis zu den Ministergehältern in den einzelnen Staaten. Bassour-England wies diese Kritik zurück. Die Bezüge des Generalsekretärs seien durch den Vertrag selbst festgelegt worden. Schließlich wurden sämtliche Anträge der Kommission angenommen. In der Schlußabstimmung wurde das Budget des Völkerbunds mit 21 Millionen für 1921 gleich angenommen. Zum Schluß gab Präsident Hymans bekannt, daß die Spezialkommission, die sich mit der Frage zu befassen hatte, ob die 5 neu aufgenommenen Staaten noch in dieser Tagung zugelassen werden sollen, zu dem Schluß gekommen sei, daß einer der anwesenden Vertreter Finnlands ausreichende Vollmachten besitze, um an den Sitzungen teilzunehmen, während die Vollmachten Österreichs, Bulgariens, Costaricas, Luxemburgs und Albanien nicht genügen. Nichtsdestoweniger beantragte die Kommission, sämtliche Vertreter an der morgigen Sitzung teilnehmen zu lassen. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Die „Mandats“-Fragen.

Genf, 18. Dez. Der Völkerbundsrat prüfte gestern die Mandatsprojekte, die ihm von einigen Mitgliedern unterbreitet wurden. Die Mandate sind zugeteilt worden: für Samoa-Neuseeland, für Neu-Guinea und die anderen Inseln südlich vom Äquator Australien, Nauru England, das frühere Deutsch-Südwestafrika Südafrika, die Inseln des Stillen Ozeans nördlich vom Äquator Japan. Nach einer Erklärung des japanischen Vertreters, der Vorbehalte über die Behandlung japanischer Untertanen in den Mandatsgebieten machte, faßte der Rat Beschlüsse über die Mandatsausübung. Die amtliche Mitteilung bringt den Text des Beschlusses über Samoa, dessen Mandat an Neuseeland von England ausgeübt wird. Danach hat der Mandatar volle administrative und gesetzgebende Gewalt über das Mandatsgebiet, auf das als Bestandteil des betreffenden Landes die Gesetze des Mandatars Anwendung finden. Die übrigen Artikel des Beschlusses enthalten Bestimmungen über das Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit, abgesehen von Arbeiten, die öffentliches Interesse haben, über das Verbot des Waffen- und Munitionshandels, Verbot des Handels mit alkoholischen Getränken, Verbot der Militärdienstleistungen für Eingeborene, ausgenommen für Polizeibedürfnisse. Ferner wird die Errichtung von Militär- und Flottenstützpunkten und von Befestigungen im Mandatsgebiet unterlagert. Die Missionare aller Völkerbundsmitglieder haben freien Zutritt. Die Mandatäre müssen dem Rat einen Jahresbericht zustellen, in dem jede nötige Aufklärung über die Mandatsausübung erteilt wird. Alle Änderungen an den Mandatsbestimmungen bedürfen der Einwilligung des Völkerbunds. Streitfälle, die zwischen einem Mandatar und einem anderen Völkerbundsmitglied über die Auslegung des Mandats entstehen und die nicht auf dem Wege der Verhandlungen zu regeln sind, müssen dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden. Diese Erklärung wird dem Archiv des Völkerbunds einverleibt. Abschriften werden vom Generalsekretär allen Unterzeichnern des Friedensvertrags mit Deutschland zugestellt. — Die ganze Mandatsgeschichte ist ein aufgelegter Schwindel, der den offenen Raub der deutschen Kolonien und des türkischen Besitzes verschleiern soll. Und die früheren Neutralen machen diese schamlose Heuchelei ruhig mit.

Zur äußeren Lage.

Der Druck der Entente auf Griechenland.

Athen, 16. Dez. (Havas.) Die Internationale Finanzkonferenz hat an den griechischen Finanzminister einen formellen Protest gerichtet gegen die Ausgabe von 400 Millionen Drachmen, ohne die vorherige Ermächtigung der Kommission nachzusuchen. In Finanzkreisen erwartet man, daß die Einstellung der Kreditgewährung seitens der Alliierten an Griechenland auf den griechischen Finanzmarkt eine schwere Rückwirkung haben werde und es wird eine neue Baize der Drachme vorausgesehen.

Athen, 16. Dez. (Havas.) In politischen Kreisen wird berichtet, daß der Ministerrat beschlossen habe, die Rückkehr Konstantins abzuwarten, um erst dann auf die Note der alliierten Regierungen zu antworten.

Gegenläge in der bolschewistischen Partei?

Kopenhagen, 17. Dez. „National Tidende“ meldet aus Helsingfors: Die Gegenläge in der bolschewistischen Partei verschärfen sich von Tag zu Tag. Die Opposition gegen Lenin und das Zentralkomitee gewinnt täglich mehr Anhänger. Auf dem letzten Parteitag in Moskau zeigte sich die Opposition von den Bolschewisten ab und hielt eine eigene Sitzung ab. Lenin fand sich auch in diesen Sitzungen ein und wies die Beschuldigung zurück, die man gegen das Zentralkomitee erhebe, gab aber auch zu, daß die Anklagen gegen das Sowjetssystem, es sei zu bürgertlich, nicht völlig unbegründet seien. Er entschuldigte jedoch die Fehler damit, daß die Arbeiter noch nicht gelernt hätten, einen Staat zu regieren. Mehrere Oppositionsredner richteten heftige Angriffe gegen Lenin, namentlich gegen das von ihm eingeführte Zwangssystem. Lenin antwortete in einer sehr heftigen Rede.

Frankreichs Angst vor der deutschen Lichtigkeit.

Paris, 17. Dez. In der Kammer wurde gestern die Interpretation des Abgeordneten Sale beraten über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, um die Einfuhr nach Frankreich zu verhindern und um die Arbeitslosenkrise zu beseitigen. In seiner Begründung behauptete der Abgeordnete, billige deutsche Ware bedrohe den Weltmarkt und müßte mit Rücksicht auf die Industrie in Elsaß-Lothringen nach der deutschen Seite hin eine Schranke aufgerichtet werden. Wenn die Frage entsehe, ob französische oder deutsche Arbeiter feiern sollten, dürften es keineswegs die französischen Arbeiter sein. Mit der Gefühlspolitik (?) müsse man ein Ende machen. Der Abgeordnete Peron will durch eine Statistik nachweisen, daß die

he Partei.
Dezember, nach
Dreiß“ eine
he
lung
Dr. Wälz
Sozialpolitik.
Ausschuß.
rdia“
v.
tsfeier
Dezember,
Hof“ statt,
mit Familien-
geladen sind.
Der Auschuß.
mntag
e ich
erstraße.
yfer-
chine
es Fabrikat
erwerbe und
zu den billigst.
Bischoffstr.
Nr. 500.
Reparatur-
Fabrikate.
muck
Markt.
Knaben
ohemden,
erhosen,
senträger
Calw.

deutsche Industrie Anstrengungen mache, um den beherrschenden Platz, den sie vor dem Kriege hatte, wieder zu erlangen. Der Abgeordnete Guy de Wendel erklärte, daß die französische Industrie durch die hohen Kohlenpreise leide und verlangte eine Aufklärung über die Wirtschaftspolitik der Regierung. Darauf wurde die Weiterberatung der Interpellation auf Samstag verschoben. — Das sind doch alle nur Phrasen, um den Haß gegen die Deutschen fortzuführen zu können.

Deutschland.

Beseitigung der Krisis im Reichskabinett.

Berlin, 16. Dez. Die drohende Regierungskrisis infolge der Vorgänge im Steuerausfluß des Reichstags ist beseitigt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, die Regierungsvorlage über die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopiers mit bestimmten Milderungen, zu denen sich der Reichsfinanzminister im Namen der Regierung bereit erklärte, anzunehmen. Ein entsprechender Verständigungsantrag, der besondere Erleichterungen für das Betriebskapital der Industrie und Landwirtschaft und für die kleinen Rentner vorsieht, dürfte heute von den Regierungsparteien im Plenum des Reichstags eingebracht und mit den Stimmen dieser Parteien und der Sozialdemokraten angenommen werden.

Zwangsdurchführung der Entwaffnung.

Berlin, 17. Dez. Nach Ablauf der für die freiwillige Waffenablieferung festgesetzten Frist ordnete der Reichsentswaffnungskommissar auf Grund des Entwaffnungsgesetzes die Zwangsdurchführung für das ganze Reich an. Mit der Bornahme der Zwangsdurchführung wurde heute Vormittag auch in Berlin begonnen und es setzte die Durchsuchung zunächst im Westen Berlins ein. In der nächsten Zeit werden auch andere Stadtviertel Groß-Berlins einer Durchsuchung nach Waffen unterzogen.

Reichstag.

Berlin, 17. Dez. Der Reichstag hat heute eine Reihe von Gesetzentwürfen angenommen und zwar den Gesetzentwurf zur Einführung des internationalen Opium-Abkommens, den von den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien eingebrachten Gesetzentwurf betreffend Anmeldepflicht des zur Durchführung des Artikels 92 des Friedensvertrags beschlagnahmten Luftfahrzeuggeräts, den Gesetzentwurf über die Abänderung des Vorsehengesetzes, durch den auch im offiziellen Börsen Terminhandel die Devisen vor dem Discontozinwand geschützt werden, den Gesetzentwurf zur Abänderung des Weingesezes, der die Ausdehnung der Zuderungsrisiken für den Wein bis zum 3. März 1921 bestimmt. Ferner wurde angenommen der Gesetzentwurf über die Verschärfung der Strafen wegen Schleichhandels und Preistreiberi und der verbotenen Ausfuhr von lebenswichtigen Gegenständen, sowie das Sperrgesetz, nach dem die Beamtengehälter in den Ländern und Gemeinden diejenigen der Reichsbeamten nicht übersteigen dürfen. Auch das Gesetz zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen fand Annahme, ebenso der Gesetzentwurf über die Erstattung der von den Ländern und Gemeinden den Beamten im besetzten Gebiet bezahlten Wirtschaftsbeträgen. Das Haus behandelte zum Schluß noch eine Interpellation betreffend kommunalistische Umtriebe in Deutschland und in den russischen Gefangenenlagern, wobei ein Mißtrauensvotum der Unabhängigen und Kommunisten gegen die Regierung abgelehnt wurde, und eine Interpellation Trimborn über angebliche Ausfälle des Direktors der Reichsgüterbestelle von Falkenhayn gegen die Rheinländer. Beide Interpellationen hatten eine ausgedehnte Debatte im Gefolge, die die Sitzung bis in die 11. Abendstunde ausdehnte. Nächste Sitzung morgen Vormittag 9 Uhr.

Die Frage der Abtötung in Oberschlesien.

Berlin, 17. Dez. Gegenüber Meinungen der polnischen und der französischen Presse, daß Deutschland beschloßen habe, sich in eine Ententemacht zu wenden, um die obereschlesische Frage ohne Abtötung zu lösen und daß man beabsichtige, Polen ohne seine Teilung der landwirtschaftlichen und industriellen Bezirke vorzuführen, wird festgestellt, daß von irgend einer amtlichen oder nichtamtlichen deutschen Seite derartige Pläne oder Beschlüsse weder gefaßt, noch Vorschläge solcher Art gemacht worden sind. Die deutsche Regierung hält unbedingt an den Bestimmungen des Friedensvertrags fest, der für Oberschlesien eine freie, geheime und unbeeinflusste Volksabstimmung vorsieht.

Berlin, 17. Dez. Nach einem Genfer Drahtbericht der „Deutschen Tageszeitung“ meldet der „Progres“, daß das Datum der Volksabstimmung in Oberschlesien abermals ungewiß sei. Die Stimmung in Oberschlesien sei durch den Teufelstand der polnischen Mark äußerst ungünstig beeinflusst. In Polen machten alle Kreise die größte Anstrengung, die reichsdeutsche Mark aufzulaufen.

Französische „Entschädigungen.“

Brüssel, 17. Dez. Der „L'Echo de la Presse“ hat der von französischen Soldaten schwer verletzte Oberprimaner Reih von der französischen Behörde eine Entschädigung von 200 M (1) erhalten.

Politischer Streik in Halle.

Halle, 16. Dez. Heute Mittag sind die Arbeiter mehrerer hiesiger industriellen Unternehmen in den Streik getreten, angeblich im Zusammenhang mit der heute erfolgten Verhaftung des politischen Redakteurs des Volksblattes, Dr. Stern. Heute Nachmittag haben auch die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerks die Arbeit niedergelegt. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt.

Arbeitslosenforderungen in Plauen.

Berlin, 18. Dez. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Plauen: Anlässlich mehrerer Arbeitslosenversammlungen, in denen von der Stadt eine Weihnachtsbeihilfe von 150 Mark pro Mann zu fordern beschlossen wurde, die sofort ausbezahlt werden soll, kam es zu Ausschreitungen, wobei einige Fenster des Rathauses eingeworfen wurden. Unter dem Druck der Masse wurde die Forderung bewilligt. Es kommen über 11 000 Arbeitslose in Betracht.

Amthliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

In dem Gehöft des Georg Niehhammer, Bauers in Sonnenhardt, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die ganze Teilgemeinde Sonnenhardt ist Sperrgebiet und die Teilgemeinde Sonnenhardt Beobachtungsgebiet.

Calw, den 17. Dezember 1920.

Oberamt: 653.

Landtag.

3. Lesung des Steuergesetzes.

(S. B.) Stuttgart, 17. Dez. Die 3. Lesung des Steuergesetzes wurde heute nach ausführlicher Debatte in der Saal (D. v. B.) das Eintreten seiner Partei für 300 und 400 Proz. Kataster auf Grund- und Gebäudebesitz rechtfertigte, Finanzminister Liebsing nochmals die Hypothekensatzung des Justizministeriums (die die bedeutende Besserung der finanziellen Lage der Landwirtschaft nachweist) ausführlich erläuterte, Keil (Soz. dem.) die zu späte Vorlegung dieser Statistik bedauerte, Balz (Z.) namens seiner Partei an den Beschlüssen der 2. Lesung (200 und 300 Proz.) festhielt und bezüglich des Gewerbesteuerantrags für den Antrag Scheef-Schuler eintrat, Bazille vor einer zu großen Belastung der Landwirtschaft ausdrücklich warnte, Hoffmann (D. B.) den Anträgen der 2. Lesung zustimmte, aber eine verstärkte Heranziehung der Industrie verwarf, Adorno (Z.) bei der Demokratie und Sozialdemokratie die Liebe der Landwirtschaft vermisste, Winter (Soz.) die Anträge seiner Partei aufrecht erhielt, glücklich beendet. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf 300 und 400 Prozent von der Rechten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei gegen die Demokratie, Sozialdemokratie, Unabhängige und Kommunisten abgelehnt und der auf 200 und 300 Prozent lautende Antrag mit den Stimmen des Zentrums, der Demokratie, der Bürgerpartei und der Deutschen Volkspartei angenommen. Beim Gewerbesteuerantrag von Unternehmern wurde der bei 30 000 M beginnende Antrag Keil gegen Sozialdemokratie, Unabhängige und Kommunisten abgelehnt und der Antrag Scheef-Schuler in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 14 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag Keil wegen Schonung der kleineren Gesellschaften und Verbehalten des jetzigen Abzugs von 20 Proz. wurde in namentlicher Abstimmung mit 38 Nein und 7 Enthaltungen gegen 43 Ja abgelehnt, dagegen der Antrag Keil angenommen, bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Gesellschaften m. b. H. den Abzug bestehen zu lassen, wenn das Stuerkapital nicht mehr als 30 000 M beträgt. Dafür stimmten alle Sozialdemokraten und Demokraten, sowie vom Zentrum die Abg. Andre, Groß, Dengler, Kühle und Dr. Schermann. Bei der namentlichen Schlussabstimmung wurde das Gesetz mit 59 Ja und 23 Nein (Bauernbund, Unabhängige und Kommunisten) angenommen. Der Notetat wurde bis 31. März 1921 verlängert, das Körperschaftsteuergesetz, das die Beförderungsgelder für 1 Hektar Wald auf 5 M ansetzt, in 2. und 3. Lesung und in der Schlussabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Das Schulkastengesetz rief eine größere Debatte hervor, an der sich Reber (U. S. P.), Pollich (Z.), Köhner (D. v. B.), Finanzminister Liebsing und Dr. Schermann beteiligten. Es handelte sich hauptsächlich um Art. 2, wonach es bezüglich der Volksschulen bei den bisherigen Gemeindeleistungen bleibt und den Mehraufwand für 1920 der Staat trägt. Die Debatte kam heute noch nicht zu Ende und wird am Samstag vormittag 9 Uhr fortgesetzt, worauf das Haus in die Weihnachtsferien eintritt.

Gegen die Benutzung des Münsinger Lagers zur Internierung übergelauener Volksgewissen.

(S. B.) Stuttgart, 17. Dez. Der Abg. Bades (D. v. B.) hat folgende kleine Anfrage eingebracht: Nach zuverlässigen Mitteilungen besteht die Absicht, das Münsinger Lager mit 2000 Angehörigen der Zolltruppen zu belegen, die aus überfüllten Lagern des Reichs hier untergebracht werden sollen. Die Gefahr liegt nahe, daß die Kommandanten dieser Lager die unbequemsten Elemente nach Württemberg abzuschieben versuchen werden, wodurch der Abschaum der in Deutschland befindlichen 80 000 Rotgardisten in unser Land gebracht würde. Ist das Staatsministerium bereit, darüber Auskunft zu geben, ob es noch möglich ist, diese Württemberg drohende Gefahr abzuwenden? Sollte es zu spät sein, welche Maßnahmen gegen die Staatsregierung zu ergreifen, um in unserem Lande Zustände zu verhindern, wie sie in der Reichstagsitzung vom 15. Dezember mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt worden sind?

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Dezember 1920

Vom Rathaus.

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Köhner gab Stadtschreiber Frey das endgültige Ergebnis der Stadtschultheißrechnung von 1914 für die städtischen Werke, Stiftungen und die Verwaltung bekannt. — Wie der Vorsitzende mitteilte, ist die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt in Calw zufriedenstellend. Die Industrie sei vollbeschäftigt gewesen und mußte niemanden entlassen. Der Zuzug von Erwerbslosen sei von den Saisonarbeitern gekommen und auswärts arbeitenden Calwern. Bei der Stadtverwaltung sei die Arbeitslage etwas ungünstiger geworden infolge der schlechten Witterung. Es handle sich nun darum, entweder Notstandsarbeiten ausführen zu lassen oder Erwerbslosenfürsorge zu bezahlen. Zur Zeit arbeiten 6 verheiratete Arbeiter beim Gaswerk, 5 verheiratete und 2 ledige im Elektrizitätswerk. Weiterhin sind 16 städtische Arbeiter händig angestellt als Tagelöhner, bei der Latrinenerhaltung und beim Steinbruch, darunter 6 verheiratete, 6 ledige und 4 verwitwete. Notstandsarbeiter

haben wir gegenwärtig 39, davon 22 verheiratete, 13 ledige und 4 verwitwete. Zu den Notstandsarbeitern müssen die Arbeitslosen hinzugerechnet werden, es sind 5 verheiratete und 9 ledige. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt jedoch immer noch zu. Es sind also insgesamt 53 Erwerbslose bezw. Notstandsarbeiter vorhanden. Rechnet man für diese durchschnittlich nur eine Entlohnung von 30 M, so ergebe sich ein täglicher Aufwand von 1600 M. Aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge des Reichs erhalte die Stadt einen Zuschuß von höchstens 13,5 M pro Mann; jedoch würde dieser nur bei Durchführung von größeren Arbeiten gewährt. Nach Abzug dieses Zuschusses hätte die Stadt immer noch einen täglichen Aufwand von rund 1000 M zu leisten. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Notstandsarbeiten nur dann ausgeführt werden sollten, wenn es wirklich notwendig wäre, oder wenn man sonst Vorteile davon erwarte, daß die Arbeiten lohnen. Erwerbslosenfürsorge werde an Arbeiter über 21 Jahren 7 M bezahlt, wenn diese im Haushalt eines anderen leben, 5,50 M, an Arbeiter unter 21 Jahren 4 M, Ehegatten und Kinder erhalten je 3,5 M. 21 M ist also der Höchstsatz, den ein verheirateter Arbeiter an Erwerbslosenfürsorge erhalten kann. An Notstandsarbeiten wurden seitens des Stadtbauamts vorgeschlagen die Ausbaggerung des Geländes an der unteren Brücke bis zur Nagold und die Entfernung eines Stiehs am Fußloch mit einem Kostenaufwand von 10 000 bezw. 8000 M, wozu die Zuschüsse für produktive Erwerbslosenfürsorge abgehen. Die Frage der Schaffung eines Abflusses an der unteren Nagoldbrücke rief eine längere Erörterung hervor. Es wurde die Auffassung vertreten, daß die vorgesehene Ausbaggerung einer Ueberflutung nicht Abbruch zu tun vermöge, es solle das Nagoldbett bei der Turnhalle wesentlich erhöht werden, damit das Wasser durch das 2. Weidenloch abfließen könne. Die endgültige Beschlußfassung über die Angelegenheit soll jedoch bis zum Einlauf des Gutachtens der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau zurückgestellt werden. Die Abtragung des Bodens im Fußloch, durch die das 20prozentige Gefälle auf 4 Prozent ermäßigt wird, wurde im Interesse der Verbesserung des Fahrwegs genehmigt. G. N. Sannwald schlug im Zusammenhang mit der Frage der Beschäftigung der Erwerbslosen vor, im Interesse der Rentabilität des Steinbruchs mit den Steinbrucharbeitern Verhandlungen zu führen, daß sie im Sommer mehr als 8 Stunden arbeiten sollen, als Ersatz für die kürzere Winterarbeitszeit, für die sie dann ebenfalls 8 Stunden bezahlt bekommen sollen. Ein deutscher Regierungsentwurf, der die Regelung der Arbeitszeit der Saisonarbeiter in dieser Weise vorsehe, soll der Washingtoner Arbeitskonferenz vorgelegt werden. G. N. May erwiderte in diesem Vorhinein, der auch von anderer Seite unterstützt worden war, einen Vorstoß gegen den Achtstundentag, zu dessen Beseitigung seine Partei die Hand nicht bieten würde. Wenn im Sommer gearbeitet werden solle, dann mögen Schichtarbeiten eingeführt werden. Gegenüber der Bemerkung von G. N. Kirchherr, daß die Privatunternehmer des Baugewerbes die Leute im Winter ebenfalls nicht beschäftigen könnten, bemerkte der vorgenannte Redner, es handle sich bei den Zimmerleuten, Maurern und Pipern meistens um Selbstverfänger vom Lande, während ein städtischer Notstandsarbeiter mit Familie mit einer Erwerbslosenfürsorge von höchstens 21 M nicht leben könne. Er bitte die Stadtverwaltung dringend, die Erwerbslosen soviel wie möglich zu beschäftigen, denn wie sich gezeigt habe, führe die Beschäftigungslosigkeit zu nichts Gutem. Auch G. N. Störz wies auf die Gefahren von Ausschreitungen in bezug auf Eigentum und Leben hin, die durch Vermehrung der ohnehin schon großen Arbeitslosigkeit sich ergeben könnten. G. N. Sannwald verwahrte sich gegen den Vorwurf, als wollte er mit seinem Vorhinein einen Angriff auf den Achtstundentag verbinden. Ihm sei es lediglich um die Rentabilität des städtischen Werks zu tun, die durch die Erwerbslosenfürsorge nicht in Frage gestellt werden sollte. Auf eine Anfrage von G. N. May über den Geschäftsgang der hiesigen Industrien erklärte G. N. Sannwald, daß wohl Anzeichen eines Geschäftsrückgangs vorhanden seien, in den Dedenfabriken sei jedoch bis Frühjahr nicht mit Arbeitseinschränkung zu rechnen. G. N. Wagner bemerkte, daß der Geschäftsgang der Westenfabrik abhängig vom Verkauf nach Neujahr sei. Frau G. N. Conz vertat die Auffassung, daß die Beschäftigung der Erwerbslosen das Zweckmäßigere sei, weil dann doch für das Geld etwas geleistet werde, und außerdem auch moralische Gründe für die Beschäftigung sprächen. Schließlich einigte sich das Kollegium auf einen Vorschlag von G. N. Bauehle, als Notstandsarbeit die geplante Umgrabung des Soldatenfriedhofs vornehmen zu lassen. — Da das städtische Gebäude im Entschädigungsbereich (hinter dem „Rebstod“) durch den Einsturz des Kellergebälbes so häufig geworden ist, daß eine Gefahr für die dort wohnende Familie zu bestehen scheint, so wurde das nicht bewohnte Gebäude des Privatiers Schönlén in der Uhlendstraße für die betreffende Familie gemietet. Die Herrichtung für Wohnzwecke hat die Stadt zu tragen. Im Frühjahr soll das Haus, wenn ein nochmaliger Augenblick es notwendig erscheinen läßt, abgebrochen werden. — Der Gewerkschaftsrat hat die Genehmigung zur Teilung der Klasse I der Gewerkschule im Projektions- und Freihandzeichnen erteilt. — Der Fortschrittsbeitrag an den Staat, der seither 2 M pro Hektar betragen hat, ist infolge der großen Gehaltserhöhungen und sonstigen Ausgaben auf 34 M erhöht worden. — In dem Straßenausbesserungsprogramm für 1921 sind folgende Straßen vorgesehen: Alte Stuttgarter Straße vom Adler bis zur Einmündung in die Uhlendstraße mit einem Aufwand von 11 040 M bei 200 Metern Wegbreite; Altbürgerstraße von der ev. Kirche bis zum Staffelweg bei Pfeifer, 19040 M für 450 Meter; untere Brücke 4750 M für 100 Meter; Inselgasse 5700 M für 200 Meter. Insgesamt beträgt der Kostenaufwand 40 530 M. Die Bewältigung soll wieder mit Kalksteinhöfelter vorgenommen

Religiöser öffentl. Vortrag

kommenden Sonntag, nachmitt. 2 Uhr.
im Kaffeehaus, Nonnengasse.

Thema:

„Die Vereinigung mit unseren Toten;
werden die Toten wieder auferstehen?“
Eintritt frei.

Jedermann ist herzlich eingeladen.
Prediger Zimmermann.

Gemälde- Ausstellung

von Jul. Müller
im Ausstellungs-Raum
von Herrn Malermstr.
Kirchherr, Bahnhofstr.
Geöffnet täglich von vorm.
1/2 10 bis 4 Uhr, auch Sonntags.
Eintritt frei.

FRIEDR. SCHIROTT

Pelz-Konfektionshaus, Weil der Stadt

empfiehlt sein grosses Lager in

PELZWAREN EIGENER FABRIKATION

in den neuesten Fassonen.

Garnituren, Kragen, Colliers, Muffe

Grosses Lager in Fellen aller Art

und können Extraanfertigungen von selbstausgesuchten Fellen
in kürzester Zeit gemacht werden. Für fachmännische Be-
dienung leiste ich volle Garantie und dürfen Sie vorteilhaftester
Bedienung versichert sein. Reparaturen, Umänderungen, An-
fertigungen bei Zugabe der Felle.

Beim Einkauf von Pelzwaren
ist grösste Vorsicht geboten, da nur der Kürchener volle
Garantie für sein in eigener Werkstätte aus guten Fellen
fachmännisch gearbeitetes Pelzwerk übernehmen kann und
bitte daher auf meine weitbekannt reelle Firma zu achten.

Zu zahlreichem Besuche ladet höflich ein **Friedr. Schirott, Kürschner**

Einkauf von Wild und rohen Fellen

wie Marder, Fuchsis, Iltis, Dachs, weisse Wiesel, Mauwur, Otter, Katzen,
Kanin und Hasenfellen

Rosshäute, Kalbfelle, Gais- und Schaffelle zu den höchsten Tagespreisen.

An den Sonntagen vor Weihnachten von vor-
mittags 11 Uhr bis 7 Uhr abends geöffnet.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam,
dass unsere ausgelosten auf den 1. Januar
1921 rückzahlbaren

Teilschuldverschreibungen, sowie unsere auf denselben Termin fälligen Zinsscheine

schon von heute ab an unserer Kasse
eingelöst werden.

Calw, den 18. Dezember 1920.

Bereinigte Deckenfabriken Calw A.G.



Korbmöbel

Em. I. G. Widmaier.

Zu verkaufen gebrauchte
Zinkbadewanne,
ebenda **Fernrohr** und ein
Photoapparat.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle ds. Bi.

Hausfrauen!

Seife wird teurer!

Garantiere reine Kernstücke
noch zu haben solange Vor-
rat! Bestellen Sie heute
noch ein

5-kg Postpaket Nr. 1
enthaltend 18 Stück pro
250 Gramm, jedes Stück
verpackt, einschließl. Porto
und Verpackung Mk 98.75
ein halbes Paket Mk 51. —

oder
zirka 5-kg Postpaket Nr. 2
enthaltend 10 Stück pro
250 Gramm und 8 Päck-
chen 10-iges Seifenpulver
à zirka 250 Gramm einschl.
Porto und Verpackung pro
Nachnahme Mk 76.75 ein
halbes Paket Mk 40.

Walther Kaufmann,
München W., Martin-
Greiffstr. 2.

Metallbetten

Stahlrahmatrassen Kinder-
bett, Polster a jedermann.
Katalog frei. Eisenmöbel-
Fabrik Suhl i. Thüring.

Gesangverein Oberkollbach.

Der Verein hält am Sonntag, 19. Dezemb.
1920, im Gasthaus zum „Lamm“ seine



Weihnachts- Feier

verbunden mit gefanglichen
u. theatralischen Vorträgen
ab. Er ladet seine aktiven u.
passiven Mitglieder, sowie
Freunde und Gönner des Männergesangs
herzlich ein.
Anfang 5 Uhr.

Personen unt. 16 Jahren haben keinen Zutritt
Der Ausschuss.

Meine Weihnachts- Ausstellung

ist eröffnet

und lade zu deren Besuch herzlich ein.
Zugleich empfehle ich mein reichhaltiges

Lager in Glas, Porzellan
und sonstigen Geschenk-
Artikeln

Amalie Feldweg

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr

Geeignete Geschenke

für den Weihnachtstisch!

sind in grösster Auswahl zu allerniedrigsten Preisen zum Verkauf gestellt.

Im
Parterre:

Damen-Handtaschen Leder imitiert 24.50, 17⁵⁰
Damen-Handtaschen grosse Form, Leder imitiert 55⁰⁰
Besuchstaschen Leder, Krokodil-
pressung, 80.00, 70⁰⁰

3 Stück Toilettenseife in Karton, 12.50, 2⁵⁰
Parfüms elegante Packung 5.00, 3⁹⁵
Weihnachtskerzen Stück 25, 14⁵⁰

Im
III. Stock:

Bestellte
Geschenk-Artikel:

Teeglas-Halter mit Glas	15 ⁰⁰
Keks-Dose Glas mit Nickeldeckel	20 ⁰⁰
Butter-Dose Nickelteller Glas m. Nickel- deckel	15 ⁰⁰
Brotkörbe Nickel	20 ⁰⁰
Torten-Platten mit Einlage gross	55 ⁰⁰
Schneidzeuge schwarz Glas	50 ⁰⁰

Wirtschafts-Wagen richtig wiegend	35 ⁰⁰	Fleischhackmaschine Alexanderwerk	47 ⁰⁰	Wand-Kaffeemühlen mit Stiegut- behälter	65 ⁰⁰	Kaffeemühle an jeden Tisch zu schrauben	28 ⁵⁰	Waffeleisen gross	14 ⁰⁰	Reibmaschinen Stück	25 ⁰⁰
Kinder-Essbestecke auf Karton	3 ⁵⁰	Universal-Sieb mit 3 Sieben	15 ⁰⁰	Kohlen-Bügeleisen	45 ⁰⁰	Elektr. Bügeleisen	110 ⁰⁰	Wärmflasche Ia Fabrikat	30 ⁰⁰	Kartoffelpressen Stück	9 ⁷⁵
Tafel-Service 23 Teile Stein- gut	150 ⁰⁰	Kaffee-Service für 6 Personen mod. Dekore	75 ⁰⁰	Satzschüsseln weiss 21 bunt 28 ⁰⁰ 6 Stück im Satz	28 ⁰⁰	6 flache Teller 6 tiefe Teller weiss Feston	33 ⁰⁰	Tonnengarnituren 16 eilig mod. Dekore	125 ⁰⁰	Waschgarnituren 5teilig, mod. Dekore	60 ⁰⁰
Kaffee-Service für Puppenstuben	9 ⁵⁰	Tafel-Service 23 Teile, echt Porzellan, neue Dekore	385 ⁰⁰	6 Gewürzröhrchen bunt, Satz	18 ⁵⁰	Tassen mit Unterteller echt Porzellan, mit Goldrand u. Linie	4 ⁷⁵	Tropfenfänger an jede Kanne anzubringen	2 ⁹⁵	6 Tassen m. Unterteller weiss 15.00 Zwiebel	18 ⁰⁰
3 Emaille-Töpfe mit Deckel 18, 20, 22 cm zus.	68 ⁰⁰	Sand, Seife, Soda mit Holzgestell	30 ⁰⁰	Eimer Emaille, 28 cm	21 ⁵⁰	Löffelblech Emaille, grau	29 ⁰⁰	Salat-Seiner 28 cm	19 ⁰⁰	Essenträger mit Falzdeckel 16 cm, gestanzt	14 ⁵⁰
Konsole mit Mass Aluminium	22 ⁰⁰	Löffel-Blech m. 4 Löffel, kom- plett Aluminium	95 ⁰⁰	6 Aluminium-Kaffee- löffel mit Etai	16 ⁰⁰	Essteller 20 cm, Aluminium Stück	9 ⁰⁰	Kochpfannen Seltene Gelegenheit, mit 2 Griffen Alumi- nium 22 cm	20 ⁰⁰	Essenträger Aluminium	13 ⁵⁰
Kinderstühle	7 ⁵⁰	Küchen-Stuhl mit 4 Stufen aufstellbar	78 ⁰⁰	Weilholzgarnitur komplett	35 ⁰⁰	Handtuchhalter m. Porz.-Schilder beweglicher Stab	18 ⁰⁰	Hausapothecken verschiessbar prima	45 ⁰⁰	Sand, Seife, Soda Steingut	45 ⁰⁰
Körbe, Schwingen braun gross	27 ⁰⁰	Spielbürsten Garnitur 6teilig	20 ⁰⁰	Ahornlöffel verschiedene Grössen, 4 Stück	10 ⁰⁰	Nähkörbe gefüttert Stück	25 ⁰⁰	Wäschetrockner mit 10 Stäben	6 ⁴⁵	Putz- u. Wichskasten ff. Buche, Stück	6 ⁰⁰

Einkochapparat komplett mit Gläser	94 ⁰⁰	Bierservice komplett mit Tablett, neue Dekors	70 ⁰⁰	6 ff. Weingläser mit Tablett	50 ⁰⁰	6 Likörgläser mit Tablett	17 ⁵⁰	Bierbecher mit Buch- staben	10 ⁰⁰	6 Wein-Römer mit Tablett	75 ⁰⁰
--	------------------	--	------------------	---------------------------------	------------------	------------------------------	------------------	-----------------------------------	------------------	--------------------------------	------------------

Beachten Sie unsere Spezial-Schaufenster!

KNOPF, PFORZHEIM.

Empfehlenswerte Geschäfte für Weihnachts-Einkäufe!

Paul Räuchle, Calw am Markt
 Großes Lager in
Anzug-Stoffen
 für Herren und Knaben
 Hosenzengen, Englisch Leder
 Sutterstoffen

Carl Eppinger, Badstrasse No 365, Calw
 empfiehlt
Uhren, Gold- und Silber-
waren, Trauringe
Geislinger Tafelbestecke
Optische Artikel usw.

Paul Räuchle, Calw am Markt
 Große Auswahl in
Damenkleiderstoffen
Jackenkleiderstoffen
Kinderkleiderstoffen
Mantelstoffen, Unterrockstoffen

Für Weihnachts-Geschenke
 empfehle ich
 ff. Messerschmiedwaren wie Tischbestecke,
 Taschenmesser, Rasiermesser, Rasierapparate,
 Scheren; Haushaltungs-Maschinen; Luft-
 büchsen; Taschenlampen, Batterien; Fahr-
 räder, Fahrradmäntel, Schläuche, nur erstkl. Ware
Hans Maisel, Calw, beim „Köble“

Franz Schoenlen, Calw
 Obere Marktstraße 36
Garn, Manufakturwaren
und Aussteuer-Artikel
 empfiehlt als Spezialität: Schürzen in allen Sorten u. Größen,
Damen- und Kinderstrümpfe sowie Socken, Leibwäsche
 für Herren und Damen, Stoffe für Leib- u. Bettwäsche,
 Anfertigung von Betten. — Bettfedern.

Wilhelm Frank, Calw
 Korbwaren- und Kinderwagen-Geschäft
 (hinter dem Rathaus)
 empfiehlt: **Kinder-, Sport- und Puppenwagen,**
Kinder-Stühle (verstellbar), **Leiter-Wagen und**
-Räder, Schutzgürtel für Kinder
Korbmöbel, sowie sämtliche Korbwaren
 in größter Auswah. zu billigen Preisen

Friedrich Wezel, Calw, Badstraße 365
 Gute Arbeitskleider, blaue Anzüge, Seug-
 joppen, Westen, Hosen in Seug, Englisch
 Leder u. Manchester(Samt) auch in Stückware;
 gute u. sehr preiswerte Hosenträger; Konfir-
 mandenanzüge in großer und schöner Aus-
 wahl treffen Anfang Dezember ein. Bill. Preise
Schönes Lager in Anzugstoffen

Praktische Weihnachts-Geschenke
 für die Haushaltung
 finden Sie bei
Carl Herzog, Eisenhandlg., Calw

Großes Lager in Herrenkleidung
 überzieher, Wäster, Bozner Lodenjoppen,
 Herrenanzüge in einfacher wie modernster
 Façon, Burschen-, Knaben- und Kinder-
 Anzüge, Kinderanzüge auch in getrickter
 Ware, Stoffhosen schön gestreift u. einfarbig
 Billigste Preise Billigste Preise
Friedrich Wezel, Calw, Badstraße 365

A. Braun, Calw
 Flaschnerei u. Installationsgeschäft
Haushaltungs - Gegenstände
 in Emaille, Aluminium und Messing

Uhren
Optische Artikel
Gold- und Silberwaren
 in reicher Auswahl empfiehlt
Karl Zahn, Calw
 Lederstraße

Elektrische Beleuchtungs-
und Heizkörper
 Steh-, Zug- und Kipp-Lampen
 Bügeleisen, Koch- u. Heizplatten
A. Braun, Flaschnerei- und Installationsgeschäft, Calw

Emil G. Widmaier
 Fernspr. 15 Calw Bahnhofsstr.
Moderne Dekorationsstoffe
 Vorhang-Garnituren
 Scheiden-Gardinen
 Plangen-Garnituren
 Linoleum-Cäuser
 Stoff-Bänker
 Metall-Bettstellen
 Palast-Matratzen
 Auslege-Matratzen
 Schonerdecken
 Bettvorlagen

Praktische Weihnachtsgeschenke
Herren-, Damen- und
Kinder - Stiefel in nur guter Qualität
 zu billigsten Preisen
Carl Fischer, Stuttgarterstr., Calw
 Schuhgeschäft und Reparaturwerkstätte

Mod. Innen-Decorationen
 Neuzeitliche Polstermöbel
 Klub-Möbel
 Korb-Möbel
 Wandbespannstoffe
 Künstlertapeten
Emil G. Widmaier
 Fernspr. 15 Calw Bahnhofsstr.

Spielwaren aller Art
reizende Puppen
Christbaumschmuck
 in grosser Auswahl bei
Hermann Kurz, Liebenzell

Kleider- und Blusenstoffe / Hemden-
und Blusen-Flanelle / Leinen und
Halbleinen / Bettzeugle und Drill
 fertige Hemden, Unterhosen, Strümpfe
 Mützen, Hüte und Hauben
 Handarbeiten / Garne
 empfiehlt
Hermann Kurz, Liebenzell

Praktische
Weihnachts-Geschenke
 für Kinder und Erwachsene
 in jeder Preislage empfiehlt
Hermann Kurz, Liebenzell

Paul Räuchle, Calw am Markt
Sämtliche Trikotwaren
 für Kinder und Erwachsene
Schürzen aller Art, Unterröcke
Leib-Wäsche, Strümpfe usw.

Geschw. Stickel, Calw
 Badstr. 372 Uhrengeschäft Badstr. 372
Uhren, Gold- und Silberwaren
 aller Art
Sämtliche optische Artikel
 Reparaturen stets prompt und billigst

Paul Räuchle, Calw am Markt
Aussteuerwaren: Leinen
Halbleinen, Baumwolltuch, über-
zugstoffe, Bettbarchent, Bettfedern
Flanelle weiß und farbig

Nr.
 Ein offi
 Erklärung
 Brüssel,
 heißt es:
 mann, in
 Frage der
 wissen Loy
 gann damit
 habe, bis z
 denvertrag
 noch mehr
 gerte dann
 lands an d
 in Form v
 failler Ver
 wirklichung
 nau gesagt
 Konferenz
 heiten zu
 Was die
 Bergmann
 daß es so
 solange sich
 hätte. Wei
 die Leistung
 arme bede
 bezüglich de
 tie seiner
 Handelsst
 der Mark.
 dig abgeleh
 bar zu dis
 fordert, den
 lierten sich
 Deutschen
 Defacroy,
 aus, der v
 ausgearbeit
 figiert, daß
 austausch u
 und Weise,
 bedeutet die
 Vertreter D
 einverständ
 heranzufas
 fen, sich an
 sammenarbei
 ander, die
 Arbeitsmeth
 kann. In d
 überzeugt, d
 neues Licht
 lich das sch
 blem geregel
Die Ernt
 Brüssel,
 tionskommis
 wies darauf
 1919 bis
 betrug Ende
 1921 noch
 piergeldumla
 stiegen. Un
 Sage gab je
 präsident G
 Voraussehung
 Wirtschaft u
 könne. Als
 teit nicht nu
 neben Organ
 Deutschlands
 der Zusicher
 teilte mit, da
 find; namen
 des Abzugs
 die äußerst
 Hoffnung geg
 balanciere.